

NACHRICHTEN

Drastische Beschuldigung gegen UNO-Verwaltung

GENÈVE: Der jugoslawische UNO-Botschafter in Genf, Branko Brankovic, hat die UNO am Montag beschuldigt, für das «Chaos und die Verbrechen» im Kosovo verantwortlich zu sein. UNO-Verwalter Bernard Kouchner missbrauche seine Funktionen. Mehr als 350 000 Nicht-Albaner seien seit der Entsendung der KFOR-Truppen in das Kosovo im Juni letzten Jahres aus der serbischen Provinz vertrieben worden, sagte Brankovic vor den Medien. 768 Serben seien ermordet und 673 weitere entführt worden. Bisher sei keiner der Täter verhaftet worden. Der UNO-Sicherheitsrat müsse zudem die Resolution 1244 umsetzen, in der Kosovo «zweifelsfrei» als Teil der Bundesrepublik Jugoslawien definiert werde, forderte Brankovic.

Bombenanschlag in Pakistan: 6 Tote

KARACHI: Bei einem Bombenanschlag in der pakistanischen Hafenstadt Karachi sind am Montag sechs Menschen getötet und 17 weitere verletzt worden, sieben davon schwer. Nach Angaben der Polizei ging der Sprengsatz in einem Getränkekarren auf einer belebten Strasse hoch. Die Explosion habe einen einen metertiefen Krater in den Boden gerissen. Durch die Wucht der Explosion wurden in der Nähe geparkte Autos beschädigt. Fensterscheiben in umliegenden Gebäuden zersprangen. Die Behörden sprachen lediglich von einem terroristischen Anschlag, ohne Anschuldigung in eine bestimmte Richtung. Ursprünglich war von einem Attentat auf einen Bus die Rede gewesen.

Terrorist Weinrich: Lebenslange Haft

BERN: In der Schweiz ermittelt die Bundesanwaltschaft seit Ende 1993 gegen vier Personen, die mutmassliche Komplizen von Johannes Weinrich und «Carlos» sein sollen. Wie die Bundesanwaltschaft mitteilte, soll demnächst über die Fortsetzung des Verfahrens entschieden werden. Kurz nach der Verhaftung von Illich Ramirez Sanchez alias «Carlos» im Herbst 1994 liess die damalige Bundesanwältin Carla Del Ponte in Genf und Locarno zwei Frauen und zwei Männer verhaften. Es bestehe der Verdacht, dass die vier zwischen 1979 und 1983 unter der Leitung von Carlos an Terrorataten beteiligt gewesen seien. Nach vier Monaten wurden die vier jedoch wieder freigelassen. Das Ermittlungsverfahren wurde jedoch fortgesetzt. Rechtshilfesuche gingen an zahlreiche Staaten Europas. Im März 1999 hatte die Bundesanwaltschaft aus Ungarn und Rumänien Archivdokumente aus der kommunistischen Ära erhalten. Sie sollen im Zusammenhang mit dem Carlos-Dossier stehen. Wie der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Dominique Reymond, auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda erklärte, soll es demnächst im Rahmen des Schweizer Verfahrens eine «letzte Ermittlungshandlung» geben. Danach werde über die Fortsetzung des Verfahrens entschieden.

Spanien: Nicht gegen Freilassung Pinochets

MADRID: Spanien will nicht gegen die Entscheidung Grossbritanniens vorgehen, den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet aus gesundheitlichen Gründen in seine Heimat zurückzuschicken. Das teilte das Ausserministerium mit. Gleichzeitig will die Regierung aber die Bitte des spanischen Richters Garzón nach London übermitteln, Pinochet erneut ärztlich zu untersuchen. Garzón selbst pocht auf eine Befragung des 84-Jährigen. Das britische Innenministerium hatte angekündigt, Pinochet aus gesundheitlichen Gründen nicht an Spanien auszuliefern, wo ihm wegen Menschenrechtsverbrechen der Prozess gemacht werden soll.

Embargo gegen Indonesien abgelaufen

LISSABON: Die EU wird ihr Waffenembargo gegen Indonesien nicht verlängern. Die Strafmassnahme, die die EU-Staaten im September 1999 wegen des indonesischen Terrors in Osttimor verhängt hatten, lief gestern aus. Ein neues Embargo sei nicht erforderlich, betonte die EU-Ratspräsidentschaft. Die EU-Staaten werden bei Waffenexporten an Indonesien jedoch die geltenden Regeln der Gemeinschaft streng anwenden. Die EU begründete ihre Entscheidung damit, dass der indonesische Präsident Abdurrahman Wahid bereits damit begonnen habe, die Demokratie zu festigen.

Sieg in Tschetschenien?

Putin für internationale Beobachter in Tschetschenien

MOSKAU: Trotz der stockenden Offensive in Tschetschenien sieht sich Russland kurz vor einem siegreichen Ende des Feldzugs. Übergangspräsident Wladimir Putin sprach sich für die dauerhafte Anwesenheit internationaler Beobachter in der Kaukasus-Republik aus.

Das erklärte am Montagabend der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Lord David Russell-Johnston, nach einem Treffen mit Putin in Moskau.

«Die dauerhafte Präsenz von Vertretern der internationalen Gemeinschaft, zusammen mit Vertretern Russlands, ist für die Verbreitung objektiver Informationen über die Lage in der Region notwendig», zitierte ihn die Agentur Interfax. Russel-Johnston habe Putin aufgefordert, in Tschetschenien die Feuereinstellung anzuordnen.

Putin bereit für Vorschläge

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates will am Dienstag und Mittwoch in das Krisengebiet reisen. Putin habe sich bereit erklärt, nach der Rückkehr der Delegation «konkrete Vorschläge und Empfehlungen» des Europarates anzunehmen. Näheres dazu wollte Russel-Johnston nicht erläutern.

Russel-Johnston sagte, das Schicksal der Zivilisten und Flüchtlinge im Tschetschenienkrieg sei besorgniserregend. Notwendig seien ein Waffenstillstand sowie Friedensgespräche zwischen Moskau



Sind die Kämpfe in Tschetschenien bald Geschichte? Russland jedenfalls sieht sich kurz vor einem siegreichen Ende des Feldzugs. (Bild: Keystone)

und Grosny. Hinsichtlich möglicher Sanktionen äusserte er sich jedoch vorsichtiger als noch am Sonntag.

«Letzte Etappe»

Verteidigungsminister Igor Sergejew sagte am Montag in Moskau, die Lage im Konfliktgebiet erlaube es, «die letzte Etappe der Operation zu vollenden». Ähnlich hatte Putin am Wochenende angekündigt, der Feldzug solle in einzelnen Schritten zu Ende gebracht werden. Zunächst sollten die russischen Truppen Grosny erobern, dann die letzten

Rebellenbastionen im Bergland.

Der russische Vormarsch in das Zentrum von Grosny verlief am Montag schleichend. Die russischen Truppen verhinderten in der Nacht zum Montag mehrere Ausbruchversuche der tschetschenischen Rebellen aus der eingekesselten Hauptstadt Grosny. Das teilte das Kaukasus-Oberkommando in der nordossetischen Stadt Mosdok mit.

Bei klarem Wetter flog die russische Luftwaffe seit Sonntag mehr als 110 Angriffe auf Rebellenstellungen in Grosny sowie auf die Schluchten von Wedeno und Argun

im bergigen Süden Tschetscheniens. Am Montag beruhigte sich die Lage nach Fernsehberichten bis auf einzelne Gefechte.

Aufregung riefen in Moskau Meldungen hervor, dass die Taliban-Regierung in Afghanistan die Unabhängigkeit Tschetscheniens anerkannt haben. Das russische Ausserministerium wies dies als Einmischung in innere Angelegenheiten zurück. Zugleich diente der Bericht Moskau dazu, erneut auf die angelegte internationale Zusammenarbeit islamischer Terroristen zu verweisen.

Kindersoldaten: UNO-Treffen

GENÈVE: An einem UNO-Treffen in Genf über Kindersoldaten ist weiter um einen Konsens zur allgemeinen Erhöhung des Rekrutierungsalters auf 18 Jahre gerungen worden. Die Schweiz setzt sich für klare Standards ein. «Es muss eine Lösung gefunden werden, die eindeutige Standards festsetzt», erklärte der Chef der Schweizer Delegation, Charles-Edouard Held, stellvertretender Chef der Direktion für Völkerrecht im Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Gleichzeitig müssten aber die Realitäten in Betracht gezogen und den Staaten die Möglichkeit eingeräumt werden, freiwillige Rekrutierungen zu einem tieferen Alter vorzunehmen. Es brauche eine Lösung mit breiter Akzeptanz.

Uneinigkeit im Sicherheitsrat

Waffeninspektion in Irak wird behindert

NEW YORK: Die Wiederaufnahme von Waffeninspektionen in Irak wird weiter durch die Uneinigkeit im Sicherheitsrat über den künftigen Leiter des UNO-Inspektionssteams blockiert.

Trotz tagelanger Konsultationen untereinander sowie mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan konnten sich die fünf ständigen Ratsmitglieder bis Montag nicht einigen. Annan hatte dem Rat mehrere Kandidaten für den Chefposten der neuen Irak-Überwachungskommission UNMOVIC vorgeschlagen.

Der schwedische Botschafter in Washington, Rolf Ekeus, den die USA, Grossbritannien und Frankreich akzeptiert hätten, war am Ein-

spruch Russlands und Chinas gescheitert. Ekeus hatte bereits von 1991 bis 1997 im UNO-Auftrag die Aufspürung und Vernichtung von Massenvernichtungswaffen in Irak überwacht.

Auch auf den früheren UNO-Botschafter Brasiliens, Celso Amorim, den finnischen Spitzendiplomaten Pasi Patokallio und weitere Kandidaten konnten sich die mit Veto-Recht ausgestatteten ständigen Ratsmitglieder nicht einigen.

Irak warf den USA vor, die Ernennung eines neutralen Diplomaten zu verhindern. Bagdad werde keinen Inspektor akzeptieren, der der NATO nahe stehe, warnte die vom Staat kontrollierte Zeitung «Babel».

Der irakische Staatschef Saddam Hussein sagte gleichzeitig in einer Fernsehansprache, sein Land werde im Streit um die Rückkehr der UNO-Waffeninspektoren nicht einlenken. Anlässlich des neunten Jahrestages des Ausbruchs des Golfkriegs sagte Saddam, auch die UNO-Sanktionen gegen sein Land lasse die Iraker nicht vom eingeschlagenen Weg abweichen.

Er ging nicht auf die Resolution des Sicherheitsrates vom vergangenen Dezember ein. Danach wird dem Irak ein Aussetzen der seit August 1990 währenden UNO-Sanktionen für jeweils 120 Tage in Aussicht gestellt, wenn er mit der UNO und ihren Waffeninspektoren vollständig zusammenarbeitet.

Finanzskandal: Personelle Konsequenzen?

CDU: Neue Ermittlungen

BERLIN/WIESBADEN: Unter Spitzenpolitikern der von Finanzskandalen gebeutelten deutschen CDU werden jetzt offene personelle Konsequenzen diskutiert. Überraschend wurde eine Krisensitzung des CDU-Vorstandes für den (morgigen) Dienstag in Berlin einberufen.

«Die Zuspitzung der Lage macht eine solche Krisensitzung erforderlich», erklärte eine Sprecherin. Ursprünglich sollten die CDU-Spitzen erst am kommenden Montag zusammenkommen. Nach den Enthüllungen über Millionensummen auf Auslandskonten der hessischen CDU wurden aber parteiintern die Rufe nach personellen Konsequenzen immer eindringlicher. Erwartet wurde, dass der ehema-

lige deutsche Innenminister und frühere hessische Landesvorsitzende Manfred Kanther nachdrücklich aufgefordert wird, sein Parlamentsmandat in Berlin niederzulegen.

Es wurde jedoch nicht damit gerechnet, dass Parteichef Wolfgang Schäuble von sich aus Konsequenzen zieht. Er und Generalsekretärin Angela Merkel wollen im Anschluss an die Krisensitzung die Öffentlichkeit unterrichten.

Parteiausschluss gefordert

Auf der Vorstandssitzung soll dem Vernehmen nach auch erneut geprüft werden, wie der CDU-Ehrenvorsitzende Helmut Kohl bewegt werden kann, die Namen anonym Spender preiszugeben. Der Alt-Bundeskanzler wird an den Sitzungen laut Angaben seiner Mitar-

beiterin «mit Sicherheit nicht teilnehmen».

Kohl hatte eingeräumt, zwischen 1993 und 1998 bis zu zwei Millionen Mark Spenden angenommen zu haben, die aber nicht in der offiziellen Rechnung der Partei ausgewiesen wurden. Die ehemalige Präsidentin des Parlaments, Rita Süsmuth (CDU), warf Kohl unterdessen einen Verstoß gegen die Verfassung vor. CDU-Vize Christian Wulff sprach sich dafür aus, die für die Affäre direkt Verantwortlichen aus der Partei auszuschliessen.

Neue Ermittlungen der Staatsanwaltschaft

Derweil hat die Staatsanwaltschaft in Wiesbaden am Montag ein Ermittlungsverfahren gegen die hessische CDU eingeleitet. Die Er-

mittlungen richteten sich gegen den früheren CDU-Schatzmeister Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein und den ehemaligen CDU-Finanzberater Horst Weyrauch, sagte Oberstaatsanwalt Dieter Arlet in Wiesbaden. Die hessischen Grünen hatten bereits im Dezember Anzeige wegen Geldwäsche und Bestechlichkeit gegen Weyrauch und Sayn-Wittgenstein erstattet. Bisher hatte die Staatsanwaltschaft deshalb lediglich Vorermittlungen geführt.

Schwarzkonten im Ausland

Die hessische CDU hatte am Freitag überraschend eingeräumt, dass sie über ein schwarzes Auslandskonto verfügt, von dem aus Millionenbeträge als Vermächtnisse getarnt an die Partei in Hessen zurückgeflössen sind.